

Was von #MeToo bleibt

Sexuelle Belästigung Die #MeToo-Bewegung hat in den sozialen Medien an Präsenz verloren. Auch bei Schweizer Fachstellen werden wieder weniger sexuelle Übergriffe gemeldet.

Andrea Tedeschi

Ein halbes Jahr nach dem Beginn der #MeToo-Bewegung sind die Meldungen zu sexuellen Übergriffen bei den Schweizer Fachstellen bereits wieder zurückgegangen. «Sie sind im ersten Quartal 2018 wieder im normalen Bereich des Vorjahres», sagt Helena Trachsel, Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich. Noch im letzten Jahr hatte sie einen Rekord verzeichnet. «Noch nie hatten uns innert kurzer Zeit so viele Männer und Frauen sexuelle Übergriffe gemeldet», sagt Trachsel. Die Meldungen sind darum relevant, weil Betroffene nur selten Strafanzeige erstatten. Im vergangenen Jahr leistete die Fachstelle 123 Beratungsstunden zum Thema sexuelle Belästigung, im Vorjahr waren es noch 83 Stunden gewesen. Besonders Männer unter 30 Jahren suchten mehr Hilfe. 2017 beanspruchten sie mit 60 Stunden fast die Hälfte der Beratungsstunden, im Jahr davor waren es noch 25 gewesen.

Trachsel führt die hohen Zahlen auf den Skandal um den US-Filmproduzenten Harvey Weinstein zurück, der seine Machtposition ausgenutzt und über Jahre mehrere Frauen vergewaltigt und sexuell belästigt haben soll. Vor zehn Tagen war er von einer Grand Jury in New York angeklagt worden. Morgen Dienstag muss Weinstein erneut zu einer Gerichtsanhörung erscheinen. «The New York Times» hatte die Vorwürfe im letzten Oktober publik gemacht. Das löste weltweit eine beispiellose Entrüstung aus. Über #MeToo auf Twitter meldeten sich Frauen und auch Männer zu Wort, die Übergriffe erlebt hatten.

#MeToo kann jederzeit aufpoppen

Was heisst das für die Wirkung der Bewegung in der Schweiz, die über Monate andauerte und jetzt vorüber scheint? «Ich denke nicht, dass die Dunkelziffer kleiner geworden ist, aber die Sensibilisierung für das Thema hat abgenommen», sagt sie. Bei den Jungen zwischen 16 und 30 Jahren sei es schon wieder vorbei.

Eine ähnliche Erfahrung macht das Zürcher Mannebüro, eine Fach- und Informationsstelle für Männer. «Die #MeToo-Bewegung führte bei uns im letzten



Sie finden weltweit Gehör: Betroffene von sexuellen Übergriffen, die sich über #MeToo äussern.

Bild: Christophe Petit Teson/EPA

November und Dezember zu einer Zunahme der Beratungen von verunsicherten Männern», sagt der Sexualtherapeut Martin Bachmann. Sie hätten Rat gesucht, weil sie nicht mehr wussten, wie weit sie zum Beispiel bei einem Kompliment bei Frauen gehen dürften und wo die Grenzen bei einem Flirt liegen.

Inzwischen kommen solche Fragen nicht mehr auf. «Die #MeToo-Bewegung beschäftigt die Männer in der Beratung deutlich weniger», sagt Baumann. Doch Männer mit veralteten Geschlechterbildern müssten ihren Umgang mit den Frauen verbessern. «Er ist für diese Männer komplexer geworden, weil die Frau im Gegensatz zu früher das Leben freier gestalten darf.» Anders gesagt: Heute darf eine Frau ohne Erlaubnis des Ehemannes ein Bankkonto eröffnen, eine Wohnung mieten oder einen Arbeitsvertrag unterschreiben. Seit der Revision des Eherechts 1988 darf der Ehemann seine Frau auch rechtlich nicht mehr zum Sex zwingen. Das alleine ge-

nügt noch nicht. «Die Bewegung war ein wichtiger Weckruf», sagt Trachsel, die Fachstellen-Leiterin. #MeToo habe aufgezeigt, dass die Betroffenen selbst etwas bewirken können. Das Thema habe aber noch lange nicht alle erreicht. «Ich bin sicher, dass das

«#MeToo beschäftigt die Männer in der Beratung deutlich weniger.»

Martin Bachmann
Sexualtherapeut

Thema jederzeit wieder aufpoppen kann», sagt sie.

Schweizer Politik nimmt sich Zeit

Christa Binswanger, Leiterin Fachbereich Gender und Diversity an der Universität St. Gallen, sieht es ähnlich: «Betroffene konnten endlich laut über sexuelle Belästigungen im Netz sprechen, ohne zu befürchten, nicht ernst genommen zu werden.» Sie verurteilt, dass Männer in dieser Debatte pauschal als potenzielle Täter gelten. Es gebe aber immer noch Situationen, in denen Frauen nicht gehört werden, zum Beispiel bei gewaltsamen sexuellen Übergriffen. «Das Problem ist nicht gelöst», sagt Binswanger. Obschon sich die westliche Welt aufgeklärter fühle als noch vor fünfzig Jahren, sei die Gesellschaft weit von freier gelebter Sexualität entfernt. «#MeToo hat gezeigt, dass Männer die Sexualität noch immer dominieren und sich Mann und Frau weiter in einem Aushandlungsprozess befinden», sagt sie.

Sie sieht #MeToo als eine von mehreren Wellen. In den 1970er-Jahren gab es die zweite, bislang wichtigste feministische Bewegung, die für eine selbstbestimmte Sexualität der Frau mit dem Slogan kämpfte: «Der Körper gehört mir!» Es folgten weitere Wellen wie in den 1980er- und 1990er-Jahren. Die Bewegungen haben Normen neu definiert, mit denen die heutigen Jugendlichen zuerst umgehen lernen müssen. «Sie sind heute mit vielen medialen Bildern konfrontiert. Diese suggerieren, dass der Körper immer sexuell aktiv sein will und kann», sagt Binswanger. Das habe mit der selbstbestimmten Sexualität, wie sie Frauen in den 1970er gefordert hatten, nicht mehr viel zu tun. Gerade von jungen Frauen werde heute erwartet, dass sie sexy sein müssten. Gleichzeitig gebe es weniger Tabus als früher, zum Beispiel die Homo-Ehe oder Sex vor der Ehe. «Darum ist es wichtig, in die sexuelle Erziehung zu investieren, sie zum Dialog zu befähigen und die Jugendlichen auf ihrem Weg

zu unterstützen», sagt Binswanger. Die Zürcher Fachstellen-Leiterin Helena Trachsel besucht oft Schulklassen, klärt Jugendliche im Umgang mit dem anderen Geschlecht auf und macht damit gute Erfahrungen. Sie sagt, nur wer die Grenzen der Übergriffe kenne, wehre sich auch schneller. Sie stellt fest, dass junge Frauen nur ungern über Übergriffe reden, weil sie sich schämten oder der Mut fehle, das Schweigen zu brechen: «Ich frage die Männer jeweils, ob sie sich schon für Frauen eingesetzt haben. Es strecken fast jedes Mal welche auf und erzählen. Dann ergreifen auch die jungen Frauen das Wort und berichten über Übergriffe, die sie selbst erfahren oder beobachtet haben.» Solidarität zu erfahren, sei für Betroffene sehr wichtig.

Es wird Geduld brauchen. Davon ist auch Christa Binswanger überzeugt. «Es ist nicht zu erwarten, dass bald keine sexuellen Übergriffe mehr stattfinden werden.» Die Belästigungen seien oft Ausdruck von Machtverhältnissen. Dabei geht es um die Unterordnung des anderen: von Frauen, aber auch von Männern, die sexuell belästigt werden. «Bei Männern ist das noch immer ein grösseres Tabu, weil sie als Opfer eines Übergriffs schnell verweiblicht werden oder als homosexuell gelten.» Ihre Erfahrung ist, dass Männer eher eine Fachstelle aufsuchen, als mit Vertrauten darüber zu sprechen. Laut einer deutschen Studie wird sexuelle Gewalt an Männern zu zwei Dritteln von anderen Männern verübt.

Was für Lösungen gibt es für beide Geschlechter gegen Übergriffe? Binswanger sagt: «Der Geschlechterkampf bringt nichts. Das Beste wäre, auf den Dialog zu setzen.» Am deutlichsten macht Schweden die Spielregeln klar und will damit die Sexualität des Einzelnen vor Machtmissbrauch schützen. Seit diesem Juni gilt: Bei ungewolltem Sex liegt die Beweislast des Neins nicht mehr auf Seiten der Opfer, sondern der mutmassliche Täter muss das Ja beweisen können. «Das Ja macht die Grenzen klarer und macht den Umgang vielleicht einfacher», sagt Binswanger. Die Schweiz ist jedoch noch weit davon entfernt. Im Schweizer Bundesparlament ist ein Gesetz wie in Schweden noch kein Thema. Binswanger sagt: «Neue Wellen werden kommen, die Schweizer Politik braucht Zeit.»

Frühpensionierung liegt im Trend

Altersvorsorge Mehr als die Hälfte der Schweizer Arbeitnehmenden lässt sich vor dem ordentlichen Pensionierungsalter in den Ruhestand versetzen. Lediglich 32 Prozent arbeiten so lange, wie es vom Gesetz her vorgesehen wäre.

Fast 60 Prozent der Arbeitnehmenden lassen sich früher pensionieren. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Pensionskassenberaters Swisscanto. Der vorzeitige Ruhestand von 58 Prozent der Schweizer Bevölkerung könnte mittelfristig die finanzielle Stabilität der Pensionskassen gefährden, schreibt René Raths, Verwaltungsratsmitglied der Swisscanto Vorsorge AG, in der Studie. Der hohe Anteil der frühzeitigen Pensionierungen habe

überrascht. Zu denken geben dem Pensionskassenberater Swisscanto vor allem die steigende Lebenserwartung und somit die längere Bezugsdauer der Renten. Laut Raths werden im Jahr 2035 rund 2,3 Erwerbstätige einen Rentner finanzieren.

Widerspruch zur Erhöhung des Rentenalters

Der «Trend» zu Frühpensionierungen widerspreche dem Druck, das Rentenalter zu erhöhen. So

heisst es auch in der Studie, dass eine vielfach geforderte Erhöhung des Rentenalters über 65 Jahre hinaus im Moment auf erheblichen politischen Widerstand stossen dürfte.

Die Studie, welche von der «NZZ am Sonntag» ausgewertet wurde, kommt zum Schluss, dass die Angestellten im Durchschnitt 1,5 Jahre vor dem vorgesehenen Pensionierungsalter mit der Erwerbstätigkeit aufhören. Dies sei ein Zeichen des Wohlstands in

der Schweiz, schreibt Raths weiter. Doch es gibt auch einen anderen Grund. So zitiert die «NZZ am Sonntag» Matthias Kuert Killer, Leiter Sozialpolitik beim Gewerkschaftsverband Travail Suisse: «Wir stellen fest, dass ein beträchtlicher Teil der Arbeitnehmer nach 60 Jahren an ihre gesundheitlichen Grenzen stösst und ausgebrannt ist.» Körperliche Arbeit auf dem Bau, aber auch der Arbeitsdruck wegen der Digitalisierung würden

Spuren hinterlassen. Gemäss der Studie ist die Verfassung der Pensionskassen momentan sehr stabil.

Sie weisen demnach einen durchschnittlichen Deckungsgrad von knapp 113 Prozent aus und verfügen damit über eine Wertschwankungsreserve von 13 Prozent gegenüber den eingegangenen Verpflichtungen. Seit der Finanzkrise 2008 ist das laut Swisscanto ein neuer Höchststand. An der «Schweizer Pen-

sionskassenstudie 2018» nahmen 535 Vorsorgeeinrichtungen teil (Vorjahr 507). Das erfasste Vermögen der Teilnehmer beläuft sich auf 680 Milliarden Franken. Gesamthaft sind damit 4,1 Millionen Versicherte repräsentiert.

Angesichts dieser Zahlen dürfen die ermittelten Daten ein hohes Mass an Repräsentativität für die gesamte 2. Säule der Schweiz für sich beanspruchen, heisst es weiter. (sda)